

MORNING NEWS

25. Mai 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	24.888,56	281,79	1,15	24.606,77	DJ 30	50.579,70	294,04	0,58	50.285,66
MDAX	32.108,27	301,17	0,95	31.807,10	NASDAQ	29.481,64	124,37	0,42	29.357,27
TEC DAX	4.012,60	52,88	1,34	3.959,72	Nikkei 225	65.266,50	1.927,43	3,04	63.339,07
Euro Stoxx50	6.019,45	59,13	0,99	5.960,32	Hang Seng	25.606,03	219,51	0,86	25.386,52
Bund Future	125,93	0,52	0,41	125,41	Euro / US-\$	1,1643	0,00	0,34	1,1603
Gold in US-\$	4.565,12	55,72	1,24	4.509,40	Öl (Brent) US-\$	97,90	-5,64	-5,45	103,54
Bitcoin / US-\$	77.286,10	723,06	0,94	76.563,04	Ethereum / US-\$	2.102,83	12,08	0,58	2.090,75

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	25.200	+312
NASDAQ Future	29.972,75	+414,00

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	151,11	-0,67	-0,00	151,78	175,95	2.001.076,00
Nokia OJ	13,29	0,04	0,00	13,25	15,47	127.724.373,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
				Heute keine wichtigen Unternehmenstermine

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,22 (1,40)	10-jährige Bonds	+0,203	4,55%
Volumen NASDAQ	9,25 (9,86)	30-jährige Bonds	+0,703	5,11%

(/)=Vortag

Die **US-Aktienmärkte** haben am Freitag **fester geschlossen**. Der Leitindex Dow Jones markierte dabei im Handelsverlauf ein Rekordhoch. Anleger reagierten erfreut auf **Anzeichen für Fortschritte bei den Gesprächen zur Beilegung des Nahost-Konflikts** sowie auf eine **starke Bilanzsaison** der Unternehmen. Der breit gefasste S&P 500 verzeichnete den achten Wochengewinn in Folge. Dies ist die längste Gewinnstrecke seit Dezember 2023.

Der US-Standardwerteindex Dow Jones gewann 0,6 Prozent auf 50.580 Punkte. Der technologielastige Nasdaq rückte 0,2 Prozent auf 26.344 Zähler vor und der breit gefasste S&P 500 legte 0,4 Prozent auf 7.473 Stellen zu.

Am Anleihemarkt gaben die Renditen nach. Die **Rendite der zehnjährigen US-Staatsanleihen** fiel um 2,6 Basispunkte auf 4,558 Prozent.

Äußerungen von US-Außenminister Marco Rubio sorgten für Optimismus. Er erklärte, die USA hätten Fortschritte auf dem Weg zu einem Abkommen mit dem Iran erzielt, auch wenn noch Arbeit vor ihnen liege. Ein Sprecher des iranischen Außenministeriums betonte jedoch, die Differenzen zwischen beiden Seiten seien weiter tiefgreifend.

"Die Berichtssaison sah wirklich gut aus, und die Wirtschaftsdaten waren, abgesehen von einigen Ausreißern, ziemlich solide", sagte James St. Aubin, Chefanlagestratege bei Ocean Park Asset Management. Der Iran-Konflikt sei zumindest für den Aktienmarkt ein großes Hindernis gewesen. Die jüngsten Schlagzeilen seien jedoch ermutigend und hätten den Kursen geholfen. Zudem scheine sich der Rentenmarkt abzukühlen, was ebenfalls sehr ermutigend sei.

Technologieaktien standen bei den Einzelwerten im Fokus. Papiere von Computerherstellern legten kräftig zu, nachdem der chinesische Konzern Lenovo einen über den Erwartungen liegenden Umsatzanstieg von 27 Prozent gemeldet hatte. Aktien von **Dell Technologies** markierten ein Rekordhoch, zudem verbuchten **HP** Gewinne.

Halbleiterwerte tendierten überwiegend fester. Während **Qualcomm** zulegte, gaben **Nvidia** leicht nach.

Estée Lauder stiegen, nachdem der Kosmetikkonzern die Fusionsgespräche mit dem spanischen Parfümhersteller Puig beendet hat. Gefragt waren zudem die Aktien des Softwareanbieters **Workday** nach überzeugenden Quartalszahlen.

Bei der **US-Notenbank** gab es am Freitag den erwarteten Staffelwechsel: **Kevin Warsh** wurde als neuer Chef der Federal Reserve **vereidigt**. Er übernimmt das Amt in einer für die US-Wirtschaft entscheidenden Phase. Die mit dem Iran-Konflikt verbundenen höheren Benzinpreise treiben die Inflation an und belasten die Stimmung der Verbraucher. Der bisherige Fed-Chef Jerome Powell war wiederholt von US-Präsident Donald Trump scharf angegangen worden, weil er Trumps Forderung nach deutlich sinkenden Zinsen nicht nachgekommen war.

In den **USA** bleiben die Börsen heute aufgrund eines **Feiertags** geschlossen.

US Unternehmen

Geschworene vor einem US-Bundesgericht in Seattle haben in einem Betrugsverfahren der polnischen Fluggesellschaft **LOT** im Zusammenhang mit der 737 MAX zugunsten des Flugzeugbauers **Boeing** entschieden. "Wir sind erfreut über das heutige Urteil zu unseren Gunsten", teilte Boeing am Freitag (Ortszeit) mit. LOT hatte dem Konzern die Verheimlichung einer wesentlichen Änderung am Flugsteuerungssystem vorgeworfen und 153 Millionen Dollar Schadenersatz gefordert. LOT ließ offen, ob sie Berufung einlegen werde. Da der Rechtsweg möglicherweise noch nicht abgeschlossen sei, werde man sich vorerst nicht weiter zu Einzelheiten des Verfahrens äußern, erklärte das Unternehmen (Reuters).

Marktmeldungen

Der **Pfingstmontag** wird an den **Börsen in Europa** unterschiedlich gehandhabt. Nicht gehandelt wird wegen des gesetzlichen Feiertags in **Zürich, Kopenhagen** und **Oslo**. In **London** wird ebenfalls nicht gearbeitet, dort allerdings wegen des sogenannten Spring Bank Holiday, der meist auf den letzten Montag im Mai fällt. In **Hongkong** pausiert der Aktienhandel anlässlich des Drachenbootfestes. Auch in **Seoul** und an der **Wall Street** herrscht Feiertagsruhe. Dort wird jeweils den Gefallenen gedacht (bloomberg).

Die **Deutsche Industrie- und Handelskammer** (DIHK) erwartet für das laufende Jahr nur noch ein **Wirtschaftswachstum** von 0,3 Prozent. Das geht aus der aktuellen Prognose hervor, die der "*Welt am Sonntag*" laut Vorabbericht vorliegt. Zum Jahreswechsel war die DIHK noch von einem Prozent Wachstum ausgegangen. In der jüngsten Konjunkturumfrage der DIHK bewerteten 26 Prozent der befragten Unternehmen die wirtschaftliche Lage als schlecht, so viele wie zuletzt während der Corona-Pandemie. Auch die Aussichten haben sich verschlechtert: Nur 13 Prozent rechnen in den nächsten zwölf Monaten mit besseren Geschäften, ein Drittel erwartet einen Rückgang. Seit Jahresbeginn ist der Anteil pessimistischer Firmen um acht Prozentpunkte gestiegen.

Mexiko und die **Europäische Union** haben ein seit langem auf Eis liegendes **Freihandelsabkommen** unterzeichnet. Damit wollen sie ihre Abhängigkeit von den USA verringern und sich auch vor Zöllen von US-Präsident Donald Trump



schützen. "Das Ziel ist einfach: Wir wollen mehr Arbeitsplätze und mehr Wertschöpfung auf beiden Seiten des Atlantiks schaffen", sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Freitag in Mexiko-Stadt. "Dieses Abkommen verleiht uns Flügel." Der Vertrag soll ein Abkommen aus dem Jahr 2000 erweitern, der sich aber ausschließlich auf Industriegüter bezog. Nun geht es auch um Dienstleistungen, öffentliches Beschaffungswesen, digitalen Handel, Investitionen und landwirtschaftliche Produkte. Die mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum erklärte, das Abkommen eröffne beiden Regionen enorme Chancen und einen Ausbau des Handels (Reuters9:

Großbritannien hat Medienberichten zufolge der **Europäischen Union** einen **gemeinsamen Binnenmarkt für Waren** vorgeschlagen. Dieser sei in Brüssel jedoch auf Ablehnung gestoßen, berichteten die Zeitung "*The Guardian*" und der Sender *BBC* am Samstag. Demnach habe die EU stattdessen vorgeschlagen, dass das Land einer Zollunion oder dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) beitreten solle. Beide Optionen würden jedoch voraussetzen, dass Premierminister Keir Starmer seine Ablehnung der Personenfreizügigkeit für Arbeiter aufgibt. Britische Regierungsvertreter erklärten dem "*Guardian*" zufolge, die EU habe den Vorschlag für einen Waren-Binnenmarkt nicht endgültig abgelehnt. Das Thema gehöre zu den Optionen für einen geplanten EU-Großbritannien-Gipfel im Juli.

Bei den **Parlamentswahlen** in der EU-Inselrepublik **Zypern** sind die Konservativen der Demokratischen Gesamtbewegung (DISY) als Sieger herausgekommen. Nach Auszählung von 85 Prozent der Stimmen kommen sie auf rund 27 Prozent. Zweitstärkste Kraft wird die linke AKEL-Partei mit 23,8 Prozent. Dies teilte am Sonntagabend das zyprische Innenministerium mit. Die Wahlbeteiligung lag bei 66,6 Prozent. Das amtliche Endergebnis und die genaue Sitzverteilung im Parlament mit 56 Sitzen sollte am Montag vorliegen, berichtete der zyprische Rundfunk RIK (dpa/AFX).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj lehnt einen **deutschen Vorschlag** für eine "**assoziierte**" **EU-Mitgliedschaft** seines Landes ab. Dies sei ungerecht, da die Ukraine damit kein Stimmrecht in der Europäischen Union erhalte, schreibt Selenskyj in einem Brief an die EU-Spitze, der der Nachrichtenagentur *Reuters* vorliegt. Bundeskanzler Friedrich Merz hatte vorgeschlagen, der Ukraine als Zwischenschritt eine Teilnahme an EU-Treffen ohne Stimmrecht zu erlauben. Dies solle ein Abkommen zur Beendigung des Krieges erleichtern. Selenskyj betont in dem Schreiben, nach der Abwahl des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban im vergangenen Monat sei der Weg für echte Fortschritte bei den Beitrittsverhandlungen frei. "Wir verteidigen Europa – und zwar vollständig, nicht nur teilweise und nicht mit halben Sachen." Die Ukraine verdiene daher eine faire Behandlung und gleiche Rechte (Reuters).

Kehtwende bei **US-Präsident** Donald Trump in den **Verhandlungen mit dem Iran** über eine Beendigung des Krieges: Nachdem er am Samstag noch eine baldige Einigung in Aussicht gestellt hatte, dämpfte er am Sonntag Hoffnungen auf einen raschen Durchbruch bei den Gesprächen. Er habe seine Unterhändler angewiesen, ein Abkommen nicht zu überstürzen, erklärte Trump auf der Plattform Truth Social. Beide Seiten müssten sich Zeit nehmen, um Fehler zu vermeiden. Die US-Blockade iranischer Schiffe in der Straße von Hormus bleibe in vollem Umfang in Kraft, bis ein Vertrag erzielt, zertifiziert und unterzeichnet sei. Am Samstag hatte Trump dagegen erklärt, eine Absichtserklärung zur Wiederöffnung der wichtigen Wasserstraße sei weitgehend ausgehandelt. Die Verhandlungen machten Fortschritte. **US-Außenminister** Marco Rubio hatte sogar Sonntag in Indien erklärt, positive Nachrichten könnten noch im Tagesverlauf erfolgen. Auf **iranischer Seite** gab es **ebenfalls Vorbehalte**. Der Nachrichtenagentur Tasnim zufolge bestehen Differenzen über einzelne Vertragspunkte. Ein Insider erklärte, es werde keine endgültige Einigung geben, falls die USA weitere Hindernisse aufbauten. Für Teheran habe ein Ende der US-Angriffe und des parallelen Konflikts im Libanon Priorität. Dagegen fordert Israel nach Angaben aus Regierungskreisen in Jerusalem Handlungsfreiheit im Kampf gegen die mit dem Iran verbündete Hisbollah-Miliz (Reuters).

Die **USA** pochen im Konflikt mit dem **Iran** auf eine diplomatische Lösung, schließen aber laut **US-Außenminister** Marco Rubio andere Wege nicht aus. "Wir werden der Diplomatie jede Chance auf Erfolg geben, bevor wir die Alternativen prüfen", sagt Rubio. Entweder gebe es ein gutes Abkommen, oder man müsse auf andere Weise mit der Situation umgehen. Rubio zufolge liegt ein "ziemlich solides" Angebot auf dem Tisch. Dieses beziehe sich sowohl auf die Öffnung

der Meerenge durch den Iran als auch auf zeitlich befristete Verhandlungen über das iranische Atomprogramm. Er hoffe, dass dies gelinge, sagt der Minister (Reuters).

Der **israelische Ministerpräsident** Benjamin Netanjahu hat in einem **Telefonat mit US-Präsident** Donald Trump auf Handlungsfreiheit im **Libanon** gepocht. Dies habe Netanjahu am Samstag in einem Gespräch über ein mögliches Friedensabkommen zwischen den USA und dem Iran betont, verlautete am Sonntag aus israelischen Regierungskreisen. Trump habe dieses Prinzip unterstützt und auf der Plattform Truth Social mitgeteilt, das Telefonat sei "sehr gut" verlaufen. Am Samstag hatte die mit dem Iran verbündete **Hisbollah-Miliz** im Libanon mitgeteilt, die Islamische Republik fordere, den Libanon in einen möglichen Waffenstillstand mit einzubeziehen (Reuters).

Die Kontrolle über die **Straße von Hormus** ist nach den Worten eines militärischen Beraters des geistlichen Oberhauptes des Iran das legale Recht Teherans. Dies diene der Gewährleistung der nationalen Sicherheit, erklärt Mohsen Resai. "Die **iranische Verwaltung** der Straße von Hormus beendet 50 Jahre der Unsicherheit im Persischen Golf", zitieren iranische Nachrichtenagenturen den Berater von Ajatollah Ali Chamenei (Reuters).

In den vergangenen 24 Stunden passieren nach Angaben der Marine der iranischen Revolutionsgarden **33 Schiffe** die **Straße von Hormus** mit einer Genehmigung des Iran. Dies meldet die iranische Nachrichtenagentur Fars (Reuters).

Bei einem **israelischen Luftangriff** auf ein Flüchtlingslager im **Gazastreifen** werden nach Angaben der örtlichen Gesundheitsbehörden drei Menschen getötet. Unter den Toten seien ein sechs Monate altes Kind und seine Eltern. Der Angriff habe eine Wohnung im Flüchtlingslager Nuseirat im Zentrum des Gebiets getroffen, heißt es (Reuters).

Der **ukrainische Außenminister** Andrij Sybiha hat nach den massiven russischen Luftschlägen gegen die Hauptstadt Kiew die internationale Gemeinschaft zu einer "starken Antwort an den Aggressor" aufgefordert. Der Minister beantragte laut einer Mitteilung auf der Plattform X eine **Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats** und eine **Zusammenkunft der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa** (OSZE). Sybiha warf Russland vor, mit der "barbarischen Raketenattacke" in der vergangenen Nacht fehlende militärische Fortschritte auf dem Schlachtfeld im Angriffskrieg gegen die Ukraine kompensieren zu wollen. Allein in Kiew wurden mindestens zwei Menschen getötet. Die Zahl der Verletzten stieg laut Bürgermeister Vitali Klitschko bis zum frühen Abend auf 81. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj teilte in den sozialen Netzwerken mit, es seien etwa 100 Menschen bei den Angriffen im Land verletzt und mindestens vier getötet worden (dpa/AFX).

Die **EU-Außenbeauftragte** Kaja Kallas wirft **Russland** wegen der **jüngsten Raketenangriffe auf die Ukraine** "nukleares Säbelrasseln" vor. Der mutmaßliche Einsatz von Mittelstreckenraketen des Typs Oreschnik, die für atomare Sprengköpfe ausgelegt sind, sei eine politische Einschüchterungstaktik, schreibt Kallas auf X. Russland terrorisiere die Ukraine mit gezielten Angriffen auf Stadtzentren, weil das Land auf dem Schlachtfeld in einer Sackgasse stecke. Das Verteidigungsministerium in Moskau bestätigt den Einsatz von vier verschiedenen Raketentypen, darunter die Hyperschallrakete Oreschnik (Reuters).

Auch **Bundeskanzler** Friedrich Merz verurteilt die **russischen Attacken** auf die **Ukraine** scharf. Er bezeichnet die Angriffe und den Einsatz des Oreschnik-Raketensystems in einem Beitrag auf der Plattform X als rücksichtslose Eskalation. "Deutschland steht weiter fest an der Seite der Ukraine." (Reuters).

Der **ukrainische Geheimdienst** SBU greift nach eigenen Angaben mit Drohnen eine **Öl-Pumpstation** in der russischen Region **Wladimir** an. Die Anlage sei ein wichtiger Knotenpunkt für die Weiterleitung von Ölprodukten nach Moskau und in die Umgebung, teilt der SBU in den sozialen Medien mit. Sie versorge große Öllager rund um die Hauptstadt sowie die Flughäfen Scheremetjewo, Domodedowo und Wnukowo mit Treibstoff. Nach dem Angriff sei ein Feuer auf einer Fläche von 800 Quadratmetern registriert worden (Reuters).

Bei einem **massiven Raketenangriff** auf die an die Ukraine grenzende russische Region **Belgorod** wurde die Energie-Infrastruktur beschädigt. Davon ist auch die gleichnamige Stadt betroffen, wie die Nachrichtenagentur Interfax unter



Berufung auf örtliche Behörden meldet. Die Strom- und Wasserversorgung ist den Angaben zufolge unterbrochen worden (Reuters).

Die russische Region **Jaroslavl** nordöstlich von Moskau wird nach Angaben des dortigen Gouverneurs mit **Drohnen** angegriffen. Dies teilt Michail Jewrajew auf dem Kurznachrichtendienst Telegram mit (Reuters).

Nach den Differenzen mit **Indien** um die **US-Zollpolitik** sind die USA zuversichtlich, ein seit längerem erwartetes Handelsabkommen zeitnah abschließen zu können. "Wir haben enorme Fortschritte erzielt", sagte **US-Außenminister** Marco Rubio nach politischen Gesprächen mit seinem indischen Kollegen Subrahmanyam Jaishankar in Neu-Delhi. Er gehe davon aus, dass am Ende ein Abkommen zustande komme, das für beide Seiten vorteilhaft sei und den nationalen Interessen beider Länder gerecht werde (dpa/AFX).

Der von US-Präsident Donald Trump unterstützte Kandidat **Kevin Warsh** ist als neuer **Chef der US-Zentralbank Federal Reserve** vereidigt worden. "Ich beabsichtige, dieses Amt mit Energie und Bestimmung auszufüllen", sagte er im Weißen Haus, nachdem er seinen Amtseid ablegte. Die kommenden Jahre könnten "beispiellosen Wohlstand" für US-Amerikaner bringen. "Und die Fed hat daran ihren Anteil." (dpa/AFX).

Zwischen **China** und **Taiwan** eskaliert der Streit über die strategisch wichtigen **Pratas-Inseln** im **Südchinesischen Meer**. Ein Schiff der chinesischen Küstenwache sei am Samstag auf dem Weg zu der unter Kontrolle Taiwans stehenden Inselgruppe gesichtet worden, teilte die taiwanische Küstenwache am Sonntag mit. Daraufhin sei ein eigenes Schiff entsandt worden, was zu einem heftigen verbalen Schlagabtausch über Funk geführt habe. Das chinesische Schiff habe gefunkt, es befinde sich auf einer Routinemission und China habe die Souveränität sowie die Gerichtsbarkeit über die Inseln. Die taiwanische Besatzung forderte die chinesische Seite einem Video zufolge auf, den Frieden nicht zu gefährden und stattdessen nach Demokratie zu streben. Dies sei der richtige Weg, dem eigenen Land zu dienen (Reuters).

Lebensmittel / Getränke

Der US-Fahrdienstvermittler **Uber** erwägt einem Zeitungsbericht zufolge ein höheres Übernahmeangebot für den deutschen Essenslieferanten **Delivery Hero**. Der Uber-Verwaltungsrat habe am Samstag über eine Aufstockung der Offerte beraten, berichtete die "*Financial Times*" am Sonntag. Zuvor habe ein Großaktionär von Delivery Hero ein Angebot von 38 Euro je Aktie zurückgewiesen. Diese Offerte bewerte das Berliner Unternehmen mit mehr als 11,5 Milliarden Euro. Delivery Hero hatte am Samstag den Eingang eines Übernahmeangebots von Uber bestätigt, das den Konzern mit 33 Euro je Aktie bewertete. Nach LSEG-Daten entsprach dies einem Abschlag von rund 1,7 Prozent gegenüber dem Schlusskurs vom Freitag. Zu den Details äußerte sich Delivery Hero nicht.

Öl & Gas

Die **Hoffnung auf ein Friedensabkommen** zwischen den USA und dem Iran hat die **Ölpreise** am Montag auf den tiefsten Stand seit über zwei Wochen gedrückt. Die Nordseesorte **Brent** verbilligte sich um 4,55 Prozent auf 98,83 Dollar je Barrel. Die US-Sorte **WTI** gab um 4,73 Prozent auf 92,03 Dollar nach. Beide Kontrakte fielen damit im Handelsverlauf auf den niedrigsten Wert seit dem 7. Mai. Die Aussichten auf eine rasche Einigung bleiben nach widersprüchlichen Signalen aus Washington jedoch ungewiss (Reuters).

Technologie

Der chinesische Technologiekonzern **Huawei** will trotz der US-Sanktionen bis zum Jahr 2031 **hochmoderne Chips** entwickeln. Das Unternehmen peile Halbleiter an, deren Transistorendichte einem 1,4-Nanometer-Verfahren entspreche, teilte Huawei am Montag mit. Wegen der US-Exportbeschränkungen für fortschrittliche Lithografie-Systeme hat China kaum Zugang zu den Maschinen, die für die herkömmliche Herstellung der weltweit modernsten Chips benötigt werden. Huawei setzt daher auf ein neues Prinzip namens "Tau Scaling Law", das die Signal- und Datenübertragung innerhalb der Chips beschleunigt (Reuters).



STEU BING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

